

Investor Relations *Release*

21. Oktober 2008

BayernLB: Verwaltungsrat erörtert Eckpunkte zur Stärkung der Kapitalbasis der BayernLB

München - Der Verwaltungsrat hat in seiner heutigen Sitzung das weitere Vorgehen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis der BayernLB erörtert.

Maßgeblich für den aktuellen Kapitalbedarf der BayernLB sind die Entwicklungen an den Finanzmärkten in den letzten Wochen. Die Verschärfung der Finanzmarktkrise hat auch zu einer Verschlechterung der geschäftlichen Rahmenbedingungen für die BayernLB Group geführt.

Vor allem die Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers hat zusätzliche Folgewirkungen an den Märkten ausgelöst, die unter anderem zu weiteren Marktwertminderungen bei strukturierten Wertpapieren und negativen Entwicklungen im Geschäft mit institutionellen Kunden geführt haben.

Diese jüngsten Entwicklungen haben zur Folge, dass die BayernLB aus heutiger Sicht im dritten Quartal, trotz eines ansonsten zufriedenstellenden operativen Geschäfts, ein negatives Ergebnis vor Steuern von rund 1 Mrd. Euro ausweisen wird. Auch im vierten Quartal können angesichts der Entwicklung an den Finanzmärkten in den vergangenen drei Wochen weitere Ergebnisbelastungen nicht ausgeschlossen werden. Dabei sind mögliche positive Effekte aus der Änderung von Bilanzierungsvorschriften nicht berücksichtigt. Vor diesem Hintergrund wird der Vorstand dem Verwaltungsrat und der Generalversammlung vorschlagen, auf die Zahlung einer Dividende zu verzichten. Die BayernLB plant nach heutigem Stand die Bedienung von stillen Einlagen, Genussrechten und ähnlichen Kapitalinstrumenten.

Die aktuelle Entwicklung an den Finanzmärkten der letzten Wochen macht eine Stärkung der Kapitalausstattung der BayernLB erforderlich.

Investor Relations *Release*

Zur Erreichung einer angemessenen Kapitalausstattung haben sich Vorstand und Verwaltungsrat auf folgende drei Eckpunkte verständigt, die kurzfristig mit den Anteilseignern der BayernLB, der Finanzmarktstabilisierungsanstalt (FMSA) und der EU-Kommission abgestimmt werden sollen:

- Stärkung der Kapitalbasis der BayernLB durch Rekapitalisierungsmaßnahmen der FMSA in Höhe von 5,4 Mrd. Euro.
- Kapitalerhöhung der Anteilseigner: Freistaat Bayern 700 Mio. Euro und Sparkassenverband Bayern 300 Mio. Euro unter Wahrung der bisherigen Parität der Anteilseigner. Diese Bereitschaft steht unter Gremienvorbehalt.
- Mit diesen Kapitalmaßnahmen werden die bisher vom Sparkassenverband und Freistaat Bayern in Aussicht genommenen Garantien von je 2,4 Mrd. EUR entbehrlich. Die Anteilseigner Sparkassenverband Bayern und Freistaat Bayern prüfen, ob eine Risikoabschirmung durch eine Garantie in Kombination mit einer dann niedrigeren Rekapitalisierungsmaßnahme des Bundes für die Beteiligten wirtschaftlich vorteilhafter ist.

Verwaltungsrat und Vorstand sind sich darüber einig, dass über Restrukturierungsmaßnahmen im Konzern in den nächsten drei Jahren ein Einsparvolumen von insgesamt 400 Mio. EUR erreicht werden soll. Das bereits beschlossene Effizienzsteigerungsprogramm in Höhe von 150 Mio. EUR ist darin enthalten.

Verwaltungsrat und Vorstand sind sich darüber einig, dass die Bonifikationen für die Mitglieder des Vorstands ausgesetzt werden, solange Stabilisierungsmaßnahmen nach dem Finanzmarktstabilisierungsgesetz laufen. Der Verwaltungsrat wird mit dem Vorstand Gespräche über die künftige Gestaltung der Bezüge unter Berücksichtigung des Finanzmarktstabilisierungsgesetzes aufnehmen.

Vorstand und Verwaltungsrat der BayernLB sind zuversichtlich, dass auf Basis der vorgesehenen Maßnahmen zur Kapitalstärkung und Effizienzsteigerung sowie in Verbindung mit einer stärkeren Konzentration der BayernLB insbesondere auf das Mittelstandsgeschäft, das Retailgeschäft über die Direktbank DKB und die Ost- und Südosteuropaaktivitäten eine gute Grundlage geschaffen wurde, um sich auf eine weitere Veränderung des deutschen Bankensektors vorzubereiten und dabei gestaltend mitwirken zu können.

Investor Relations *Release*

Der Verwaltungsrat bekräftigt seine Bereitschaft zu tiefgreifenden strukturellen Veränderungen. Dazu gehören die Aufnahme von privaten Investoren ebenso wie die Fusion mit anderen Banken (z.B. mit anderen Landesbanken). Die laufenden Gespräche zur Beteiligung privater Investoren oder möglicher Fusionen mit anderen Banken sollen fortgesetzt werden.